

Wo es läuft und wo es harzt beim Klimaschutz

Energieplan in Winterthur Ein Controllingbericht dokumentiert, wie die Stadt beim Klimaschutz vorankommt. Das Fazit ist uneinheitlich, ein Einblick in sieben Beispielen.

Marc Leutenegger

Das Umweltdepartement von Barbara Günthard (FDP) sieht sich bei der Umsetzung des Energieplans 2050 auf Kurs, die grünen Parteien widersprechen, so präsentiert sich das Bild, nachdem der Controllingbericht zur Umsetzung des Energiekonzeptes 2050 öffentlich geworden ist.

Sieht man das 50-seitige Dokument aus Listen, Abkürzungen und Erläuterungen durch, ergibt sich ein uneinheitliches Bild. Die Stadt hat mit der Umsetzung vieler Massnahmen begonnen, aber bisher nur wenige abgeschlossen, darunter auch solche, die bis 2019 hätten umgesetzt sein sollen.

Das Feld ist weit, die departementsübergreifende Aufgabe riesig. Und sie wird nicht kleiner. Denn das Energiekonzept, das noch auf zwei Tonnen CO₂ pro Kopf und Jahr ausgelegt ist, wird bald abgelöst. Netto-Null lautet das neue Ziel, spätestens für 2050. Was aber macht die Stadt heute schon im Klimaschutz? Wir haben aus vierzig Massnahmen sieben Beispiele herausgepickt, die Erfolge und Versagen, Chancen und Probleme illustrieren.

E-Bikes im Superblock

Beim Ziel, dass sich die Stadtangestellten möglichst umweltfreundlich zur Arbeit und an Termine bewegen sollen, ist die Stadt auf halbem Weg stecken geblieben. Für den Superblock zum Beispiel wurden vor zwei Jahren zehn E-Bikes als Dienstvelos angeschafft, die rege genutzt werden. Ausgeweitet wurde die Anschaffung seither noch nicht, und die weitere Umsetzung des Mobilitätsmanagements wurde einstweilen auf Eis gelegt. Für die Wiederaufnahme, heisst es im Bericht, seien allenfalls weitere Ressourcen nötig.

Fenster und Schlösser

Was geht vor: Umwelt- oder Denkmalschutz? Beim Umbau von Gebäuden, die sich im Inventar der kantonalen Denkmalpflege befinden, durften bisher keine dreifach verglasten Fenster eingesetzt werden, obschon dies bei meist schlecht isolierenden Fassaden umso wichtiger wäre. Die Stadt will hier nachbessern, bis-



Die Förderung von Velo und Bus kommt in Winterthur zu langsam voran. Foto: Nathalie Guinand

lang aber läuft erst der Dialog. Eine Änderung ist nur mit Einwilligung der kantonalen Denkmalpflege möglich.

Strom vom Dach

Auf Kurs sieht sich die Stadt beim Bau von Solaranlagen. Das Geld dafür stammt aus dem per Volksentscheid gesprochenen 90-Millionen-Rahmenkredit für erneuerbare Energien. Im letzten November, als die Daten für den Bericht erhoben wurden, waren 35 Anlagen gebaut und 20 in Planung. Ab 2020 sollen zudem 100 weitere Solaranlagen gebaut werden. Auch hält die Stadt für 65 Millionen Franken Beteiligungen an Unternehmen, die in erneuerbare Energien investieren.

Geteilte Wärme

Grosses Potenzial im Klimaschutz besteht bei den Heizungen. Hier schneidet Winterthur wie alle Schweizer Städte schlecht ab, wie jüngst eine Studie der ZKB gezeigt hat. Eine Möglichkeit, Öl- und Gasheizungen abzulösen, sind Wärmenetze. Bis auf den Ausbau

des Fernwärmenetzes der KVA kommen Wärmeverbünde in Winterthur aber nicht wie geplant voran. Die Anschlussdichte, etwa

Umweltparteien sind unzufrieden

«Der Stadtrat verschläft die Entwicklungen. Solange vom Parlament nichts kommt, passiert auch nichts», kommentiert GLP-Gemeinderat Markus Nater den Controllingbericht zur Umsetzung des Energieplans. «Viele Massnahmen der Periode 2015 bis 2019 sind noch offen, und es ist kein Enddatum vorhanden.» Die Zielerreichung sei nicht erkennbar. Überhaupt sei der Controllingbericht formal unvollständig, findet Nater, es fehle eine Kosten-Nutzen-Analyse der umgesetzten Massnahmen und eine Übersicht über die Zielwerte. Inhaltlich zeige der Bericht, dass die Stadt bei der Förderung einer nachhaltigen Mobilität und bei der Sanierung von Gebäuden im Verzug sei. «Dem Controllingbericht kann eigentlich in dieser Form nicht

der Nahwärmeverbünde Wasser und Zinzikon, ist tief. Ursache ist der tiefe Ölpreis, mit dem sich der Anschluss für die Hauseigentü-

gestimmt werden, da für die Massnahmen, die nicht auf Kurs sind, keine griffigen Korrekturen aufgeführt werden.»

Low hanging fruits

Reto Diener (Grüne) bemängelt, dass der Bericht nicht ausweist, wie viel CO₂ durch die Massnahmen langfristig eingespart wird und wie sich das auf die Einhaltung des Absenkungspfades, also der geplanten Reduktion von Emissionen, auswirkt. Die Stadt, konstatiert er, habe die tief hängenden Früchte weitestgehend geerntet. Für die Zukunft sei ein mutigeres Massnahmenpaket nötig. Vor allem in den beiden für die Treibhausgase wichtigsten Bereichen Gebäudesanierungen und Verkehr sei die Stadt keineswegs auf Zielkurs. «Die energeti-

mer nicht rechnet. Aus demselben Grund hatte die Stadt den Bau des Projektes Aquifer im Neuwiesenquartier eingefroren. Als möglicher Ausweg aus dem Dilemma nennt der Bericht die Idee, nicht wirtschaftliche Anlagen aus Steuermitteln zu stützen und entsprechende Vorlagen vor Parlament und Volk zu bringen.

Gas und Gewissen

Von den wenigen abgeschlossenen Massnahmen gehen einige auf einen rein administrativen Entscheid zurück, allen voran die Veränderung der von Stadtwerk verkauften Gasprodukte. So hat Stadtwerk per 2018 die Biogasanteile und CO₂-kompensierten Anteile am Erdgas erhöht. Im Frühjahr 2020 erfolgte der Verzicht auf den Verkauf von «e-Gas.Grau», dem letzten Produkt ohne Klimagaskompensation. Diese Massnahmen tragen wesentlich dazu bei, dass die Stadt den Absenkungspfad einhalten kann, sie sind aber nicht ausbaubar und basieren auf einem internationalen Handel mit Energiezertifikaten.

Keine Korridore

Als «zeitlich verzögert» bezeichnet der Bericht die Umsetzung des städtischen Gesamtverkehrskonzeptes, das vor allem den öffentlichen Verkehr, das Velofah-

ren und das Zufussgehen fördern will. Bis 2025 sollte der Anteil dieser umweltfreundlichen Verkehrsträger am Gesamtverkehr von 60 auf 68 Prozent wachsen. Den aktuellen Stand nennt der Bericht nicht. Im Verzug ist die Stadt insbesondere mit dem Projekt für die sogenannten ÖV-Hochleistungskorridore für den Bus und mit der Parkraumbewirtschaftung, konkret der Einführung der blauen Zone, was sie mit personellen Engpässen und rechtlichen Hürden begründet.

Hoffnung auf den Kanton

Eine Schlüsselrolle beim Energieverbrauch spielen die Gebäude. Zu den Massnahmen, welche die Stadt auflistet, gehören darum auch Steueranreize für energetische Sanierungen. Ob das Sinn macht, ist aber strittig. Denn weil die Steuerhoheit bei Bund und Kantonen liegt, sind den Kommunen die Hände gebunden, sie können nur über direkte Fördergelder Sanierungsanreize setzen. Der Bund lässt nun seit 2020 Abzüge auch in den zwei Folgejahren nach einer Investition zu, die Kantone können nachziehen. Die Stadt schreibt zur Massnahme, über die sie keine Verfügungswalt hat, lapidar: «Vorgehen des Kantons abwarten. Im Controlling 2020 erneut prüfen.»

sche Sanierungsrate ist bezogen auf die Pariser Klimaziele nicht genügend.» Die Quartierwärmeverbünde kämen nicht voran, und die Umsetzung des wichtigen Projektes Aquifer sei vom Stadtrat «wider besseren Wissens wegen ein paar unsicherer Renditeprozente» gestoppt worden. Im Verkehr vermisst Diener vor allem eine Velooffensive, wie sie etwa die Stadt Bern umgesetzt habe. Zwar habe sich die Ausgangslage durch den Wechsel im Bauamt verbessert, es fehlten nach den Sparjahren aber noch immer die personellen Ressourcen, um die Planung von Veloschnellrouten zu beschleunigen. Kritik hatten beide Parteien auch an der Kommunikation durch Stadträtin Barbara Günthard (FDP) geübt. Deren Departement

verschickte am Dienstag eine Medienmitteilung, ohne den Bericht anzuhängen. Und auch die zuständige Parlamentskommission hatte keine Einsicht, wie Diener bemängelt.

Üblicherweise nicht

Günthard sagt dazu, es gebe alle vier Jahre einen umfassend aufgearbeiteten Monitoringbericht, der an den Grossen Gemeinderat gehe und damit auch veröffentlicht werde. Hingegen würden die Zwischen-Controllingberichte aus Effizienzgründen redaktionell und layouterisch nicht bearbeitet und darum üblicherweise nicht breit veröffentlicht. Auch die zuständige Parlamentskommission werde üblicherweise nicht informiert. «Auf Nachfrage geben wir den Bericht aber gern heraus.» (mcl)